

POTSDAMS ANDERE SEITEN

LINKE Nachrichten aus Potsdam

AUSGABE OKTOBER 2023 | 19. JAHRGANG



LINKES Trio für Potsdam

Gute Arbeit, faire Mieten und bessere Bildung sind die Themen der drei LINKEN-Landtagskandidierenden für Potsdam. Die Partei geht mit Jörg Schindler im Potsdamer Norden, Isabelle Vandré in der Innenstadt, Potsdam-West und Babelsberg und Stefan Wollenberg im Potsdamer Süden in den anstehenden Wahlkampf. In den letzten fünf Jahren sei zu viel versäumt worden, um Brandenburg gerechter zu machen. Den Dreien geht es bei der Wahl daher um einen grundlegenden Richtungswechsel – für ein soziales, klimagerechtes und demokratisches Brandenburg. Lesen Sie hierzu: **SEITE 3**



Kalenderblatt: „No pasaran“ und Prof. Werner Nerlich

Auf unserer Kalenderblattseite würdigen wir den Abwehrkampf des spanischen Volkes und der Internationalen Brigaden gegen die faschistische Aggression in den Jahren 1936 bis 1939 sowie das Leben und Wirken von Professor Werner Nerlich – Potsdamer Ehrenbürger, Künstler und Antifaschist. **SEITE 4**



Protest-Demo zum Aufruf: „Bildungswende – jetzt“

Dem bundesweiten Protest-Aufruf des Bündnisses „Bildungswende- jetzt“ wurde auch in Potsdam am Sonntag, 23. September 2023, Folge geleistet. Bei der zentralen Kundgebung am Alten Markt protestierten einige hundert Besucher vor Ort. **SEITE 5**



Je stärker DIE LINKE – desto sozialer Europa

DIE LINKE will in Europa Konzerne stärker besteuern, die soziale Absicherung ausweiten, schärfere Klimaziele durchsetzen und das Asylrecht verteidigen. Martin Schirdewan und Janine Wissler im Interview in dieser Ausgabe auf den **SEITEN 6 UND 7**

RATHAUS REPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Sozial. DIE LINKE.Potsdam

Der „Rathausreport“ im Innenteil

Wir informieren über das Geschehen auf der Stadtverordnetenversammlung vom 4. Oktober 2023. Über folgende Themen lesen Sie: zum Schulstandort Waldstadt und den Eintritt in den Volkspark. Außerdem über den RATHAUSREPORTstammtisch im Rathaus Babelsberg im „roten Nowawes“. **SEITEN I – IV**

2 Jahre Ampel-Koalition:

Zur Halbzeit schon am Ende.



Bildnachweis: IMAGO / Political-Moments, photothek

Halbzeit – und nun?!

Es ist Halbzeit in Berlin und es zeichnet sich ein deutlicher Sieg der FDP ab. Die Neoliberalen dominierten die erste Hälfte der Legislatur und diktierten das Spielgeschehen. Anders ist nicht zu erklären, warum das Dreierbündnis praktisch nur noch neoliberale Politik umsetzt. Es kürzt bei den Sozialausgaben und verteilt im Gegenzug Steuerge-

schenke an Konzerne. Die Kindergrundsicherung ist auf Druck der FDP so geschrumpft worden, dass sie kein Kind aus dem sozialen Abseits holen wird. Gleichzeitig drückt FDP-Chef Lindner sein Wachstumschancengesetz zugunsten der Unternehmen durch. Der Kanzler scheint heimlich ins Team FDP gewechselt zu sein. Er trägt die Politik der FDP ge-

räuschlos mit und grätscht den eigenen Genossen in die Parade.

Dieser ideologische Trikottausch ist gefährlich, nicht nur für die SPD, sondern für die ganze Republik. Die Politik der FDP erhöht tatsächlich die Wachstumschancen, aber nicht für die Wirtschaft, sondern für die AfD. Wer in einer schweren Wirtschaftskrise lie-

ber sparen will, anstatt in die Zukunft zu investieren und die sozialen Sicherungssysteme zu stärken, der betreibt das Geschäft der AfD. Wer angesichts steigender Flüchtlingszahlen auch noch die Zuschüsse an die Länder für Flüchtlingskosten drastisch kürzen will, der sabotiert die Integration von Geflüchteten. Die Ampel ist zur Halbzeit bereits am Ende. Drastisch gestiegene Lebenshaltungskosten, explodierende Mieten, Krise der Demokratie: die Halbzeitbilanz der Ampelregierung fällt desaströs aus. Der Parteivorsitzende der LINKEN Martin Schirdewan forderte auf der wöchentlichen Pressekonferenz der LINKEN Ende September 2023 einen grundlegenden Richtungswechsel mit einem massiven Investitionsprogramm in Soziales wie Klimaschutz und internationale Anstrengungen für eine Friedensperspektive für die Ukraine! Weitere Themen der Pressekonferenz waren der aktuell stattfindende Bau- und Wohnungsgipfel, der angekündigte neue Volksentscheid von „Deutsche Wohnen & Co. vergesellschaften“, sowie die Migrationspolitik.

Generalshhotel am BER wird entkernt - Woidke: Abriss „falsch und vermeidbar“



Derzeit werde das historische Generalshhotel auf dem Gelände des Flughafens BER entkernt und die Materialien wie Holz, Metall oder Sondermüll sortiert, sagte Ende September 2023 ein Sprecher der zuständigen Bundesanstalt für Immobilienaufgaben laut dpa. Bei den Untersuchungen auf Schadstoffe seien unter anderem Asbest und Sperrschichten aus Teer gefunden worden. Der Abriss soll laut der Bundesanstalt bis Anfang 2024 abgeschlossen sein (PaS berichtete in der September-Ausgabe 2023). Der Sprecher äußerte sich allerdings

nicht dazu, zu welchem Termin die Abrissbagger anrollen sollen.

Alle Fraktionen des Brandenburger Landtags setzen sich für den Erhalt des historischen Gebäudes ein. Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) sagte zuletzt, er halte den Abriss für „falsch und vermeidbar“. „Hier wird meines Erachtens ohne Not ein historisches Gebäude, ein Stück deutscher Geschichte plattgemacht.“

Impressum

HERAUSGEBER

„medienPUNKTpotSDam“ - DAS JOURNALISTENBÜRO, BERND MARTIN, Zeppelinstr. 7, 14471 Potsdam.

REDAKTION

Bernd Martin (v.i.S.d.P.), Chefredakteur; Isabelle Vandre, Steffen Lehnert, Konstantin Gräfe

AUTOR:INNEN

Wenn nicht im Innenteil veröffentlicht - Redaktion

Die nächste PaS erscheint am 16.November 2023

LAYOUT

Sophie Sumburane

TELEFON der Redaktion

0176 / 327 93 65 9

E-MAIL

info@medienpunktpotSDam.de

BANKVERBINDUNG

Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kt.-Nr.3508020699, BLZ 160 500 00

BILDAUTOR:INNEN

Wenn nicht im Innenteil veröffentlicht - Redaktion/Archiv

DRUCK

Nordkurier Druck GmbH & Co. KG

Potsdamer LINKE kürt Landtagskandidat:innen

Für die Potsdamer LINKE gehen Jörg Schindler, Isabelle Vandre und Stefan Wollenberg ins Rennen um die drei Potsdamer Wahlkreise 19, 21, 22. Fast genau ein Jahr vor der Landtagswahl befanden die Genossinnen und Genossen Ende September darüber auf drei Versammlungen im Treffpunkt Freizeit. Und das sind die Kandidat:innen:



JÖRG SCHINDLER

Wahlkreis 19 (Bornim, Bornstedt, Eiche, Fahrland, Golm, Groß Glienicke, Grube, Marquardt, Nedlitz, Neu Fahrland, Sacrow, Satzkorn, Uetz-Paaren und die Stadt Werder)

Jörg Schindler (51 Jahre), Kreisvorsitzender der Potsdamer LINKEN, vertritt tagtäglich die Interessen von Arbeitnehmer:innen und Leistungsbezieher:innen als Anwalt vor Gericht.

Für ihn geht es bei der Landtagswahl um einen Richtungswechsel: Weg von der Konkurrenz, hin zum ‚solidarischen Wir‘. Das gelte besonders für die Arbeitswelt.

„Der Vergabemindestlohn muss dringend armutsfest sein. Öffentliche Aufträge gehen nur an Unternehmen mit Tarifbindung und Betriebsrat. Durch eine eigene Beschwerdestelle und engmaschige Kontrolle setzen wir diese Regeln durch. Zudem: Wir schaffen endlich einen Fonds für Investitionen und einen landesweiten öffentlichen Beschäftigungssektor“ umreißt der Bornstedter Kernpunkte LINKER Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Fotos: Katharina Rösler



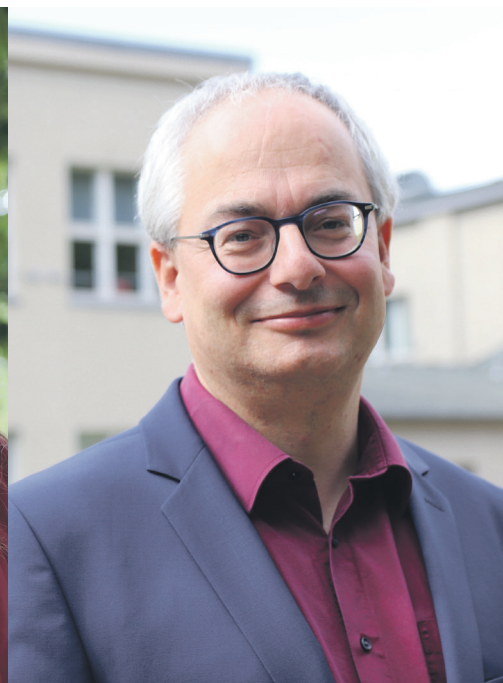
ISABELLE VANDRE

Wahlkreis 21 (Nördliche Innenstadt, Babelsberg, Klein Glienicke, Westliche Vorstädte, Nördliche Vorstädte)

Isabelle Vandre (34 Jahre), gehört dem Landtag bereits an und kämpft dort gegen steigende Mieten und die Möglichkeit Wohnraum wie im Falle der Potsdamer Josephinen-Wohnanlage zukünftig durch Enteignungen zu sichern.

Sie will endlich schneller bei der Bekämpfung der Mietenkrise vorankommen. Dafür müsse allerdings der Wohnraum dem Markt und damit der Spekulation entzogen werden.

Das ist auch ein Kampf für mehr Befugnisse der Kommunen, wie die Politikwissenschaftlerin ausführt: „Auch die Kommunen müssen bessere Handlungsmöglichkeiten erhalten, indem ihnen beispielsweise die Vergesellschaftung von Wohnraum eröffnet wird. Das Grundrecht auf Wohnen, Gemeinwohlorientierung und die Stärkung der Rechte von Mieter:innen müssen Ausgangspunkt aller wohnungspolitischen Entscheidungen werden. Davon sind wir in Brandenburg weit entfernt, das will ich ändern.“



STEFAN WOLLENBERG

Wahlkreis 22 (Drewitz, Kirchsteigfeld, Potsdam Süd, Stern, Südliche Innenstadt/ Zentrum Ost)

Stefan Wollenberg (46 Jahre), Fraktionsvorsitzender von Sozial.DIE LINKE in der SVV, setzt sich jede Woche in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung für gute Bildung für Kinder und Jugendliche ein

Er findet, dass die Kommunen fast täglich mit den Folgen schlechter Landespolitik konfrontiert sind: Allein im Bildungsbereich gäbe es so viele Baustellen, dass es höchste Zeit für eine andere Politik werde.

Welche Baustellen des sind, erklärt der Waldstädter selbst: „Wir brauchen eine Lehrkräfte-Offensive, kleinere Klassen und individuelle Förderung statt des Festhaltens am mehrgliedrigen Schulsystem. Bildungsgerechtigkeit bedeutet ein warmes Mittagessen für jede:n, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Lehr- und Lernmittelfreiheit für alle, egal ob Füller, Lehrbuch oder Laptop. Dafür möchte ich mich im Landtag einsetzen – damit es Potsdamer Familien besser geht!“

1936 – 1939: Internationale Solidarität mit dem spanischen Volk



Der Wahlerfolg der spanischen Volksfront im Februar 1936 war ein schwerer Schlag gegen die Pläne der spanischen Reaktion. Deshalb wurde ein faschistischer Militärputsch gegen das spanische Volk organisiert. Er begann am 18. Juli 1936 und wurde von Francisco Franco geleitet. Die Volksmassen erhoben sich jedoch unter der Losung „No pasarán“ („Sie kommen nicht durch“) zur Verteidigung der Demokratie und schlugen die ersten Angriffe der Faschisten zurück.

Im Sommer 1936 griff Deutschland militärisch in den Spanischen Bürgerkrieg ein, um den faschistischen Franco in seinem Kampf gegen die „Bolschewisierung Europas“ zu unterstützen.

Jedoch entwickelte sich überall in der Welt 1936 die solidarische Hilfe für das revolutionäre Spanien: Am 22.10.1936 beschloss die Regierung der spanischen Republik die Bildung von Interbrigaden. Diese Interbrigaden aus Freiwilligen von 53 Ländern waren kampfkraftige Truppenteile der spanischen Volksarmee mit hoher politischer Moral. Unter

den mehr als 42 000 Antifaschisten waren 5 000 Deutsche, die dem Aufruf des ZK der KPD zur Unterstützung der Spanischen Republik gefolgt waren.

Bei der Verteidigung von Madrid und in anderen Schlachten erwarben sich diese Einheiten großen Ruhm. An ihrer Spitze kämpften hervorragende Kommunisten wie Arthur Becker, Hans Beimler, Franz Dahlem, Kurt Hager, Heinz Hoffmann, Erwin Kramer, Kurt Laube, Heinrich Rau, Albert Schreiner, Richard Staimer, Paul Verner und andere. Auch zahlreiche Geistesschaffende nahmen an diesen Kämpfen teil, so Willi Bredel, Ernst Busch, Hans Marchwitza, Ludwig Renn, Bodo Uhse und Erich Weinert.

3000 Antifaschisten gaben ihr Leben. Der Abwehrkampf des spanischen Volkes und der Internationalen Brigaden ging verloren und Franco regierte Spanien noch bis 1975. Das Gedenken an diesen beispiellosen Akt internationaler Solidarität gilt es umso mehr zu bewahren!

Professor Werner Nerlich – Potsdamer Ehrenbürger, Künstler und Antifaschist



Der Potsdamer Maler, Grafiker, Fachschuldirektor und Kulturfunktionär Professor Werner Nerlich (1915–1999) ist Teil des kulturellen Gedächtnisses seiner Heimatstadt. Potsdam war Werner Nerlichs große Liebe. In Nowawes ist er geboren, im Betrieb seines Vaters hat er die Malerlehre absolviert, in dieser Stadt hat er gearbeitet und gewohnt bis zu seinem Lebensende am 15. September 1999.

Nach der Malerlehre war sein großer Wunsch Kunst zu studieren. Er ging an die Meisterschule des deutschen Handwerks

in Berlin-Charlottenburg, seine Lehrer wurden Hans Orlowski und Max Kaus. Doch die künstlerische Ausübung wurde 1939 jäh unterbrochen. Hitler begann seine Schreckensherrschaft über Europa auszudehnen, der Zweite Weltkrieg begann. Werner Nerlich wurde zum Militärdienst einberufen. Die Infanteriedivision, zu dessen Einheit der junge Soldat gehörte, musste an der Ostfront kämpfen. Dem unsagbar grausigen Inferno im Kessel von Stalingrad konnte er nur durch den Wechsel der Seiten entkommen. Als Kriegsgefangener der Roten Armee wurde Nerlich auf

die Antifa-Schule geschickt. Im Nationalkomitee „Freies Deutschland“ stellte er sein künstlerisches Talent in den Dienst der antifaschistischen Propaganda. Handgezeichnete Plakate und Flugblätter sollten die deutschen Soldaten über den Wahnsinn des Krieges aufklären und sie zum Niederlegen der Waffen bewegen. Beim Vormarsch der Roten Armee erlebte Werner Nerlich die Befreiung des Vernichtungslagers Treblinka, Erlebnisse, die ihn sein ganzes Leben nicht losließen. Er trat der KPD bei.

Werner Nerlich engagierte sich nach 1945 in seiner Stadt intensiv im neu gegründeten Kulturbund, organisierte Kunstausstellungen, war Landesvorsitzender des Verbandes bildender Künstler, entwarf vom Ausdruck her zeittypische Plakate, beispielsweise zur Vereinigung der KPD mit der SPD 1946 in Ostdeutschland, zum Internationalen Frauentag oder für die Märkische Volkssolidari-

tät. Besonders in der Gebrauchsgrafik hat er Meisterliches geleistet, bis in die 1990er-Jahre. Von 1956 stammt der Entwurf für das Stadtwappen Potsdams, das noch heute aktuell ist. Die öffentliche Wirksamkeit von Kunst war ihm stets wichtig. So hatte er für die Schwimmhalle am Brauhausberg und das Gebäude der Potsdamer Rudergesellschaft Wandgestaltungen übernommen. Das Wandbild „Potsdamer Alltag“ (Foto) ist Teil des Alten Rathauses, in dem heute das Potsdam Museum residiert. Dass 1966 für das Kulturhaus „Hans Marchwitza“ angefertigte Wandbild in Secco-Malerei will den glücklichen Menschen zu DDR-Zeiten als Wunschvorstellung zeigen. Dem sozialistischen Realismus sind seine Gemälde und Zeichnungen von Sportlerinnen, Studentinnen oder Arbeitern verpflichtet. Professor Werner Nerlich wurde 1970 Ehrenbürger seiner Stadt Potsdam.

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam | Ausgabe Oktober 2023

FREIER EINTRITT – ABER FÜR ALLE PARKS!



Der Babelsberger Park (Foto), der Neue Garten, der Volkspark im Bornstedter Feld, der Park Sanssouci – sie liegen mitten in der Stadt und sie gehören zum Alltag der meisten Potsdamer:innen. Insofern war es wenig überraschend, dass sich in einer repräsentativen Umfrage 57% der Befragten gegen einen Parkeintritt ausgesprochen haben und sogar 81% der Auffassung waren: selbst wenn die Stadt an anderer Stelle dafür sparen

muss, solle sie Zahlungen an die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) leisten, um die Einführung eines Pflichteintritts in Babelsberg, im Neuen Garten oder in Sanssouci zu verhindern. Das beschlossen die Stadtverordneten am vergangenen Mittwoch dann auch mit breiter Mehrheit.

Umso inkonsequenter und falscher war deshalb allerdings die in gleicher Sitzung erfolgte

Aufhebung des Beschlusses zur Eintrittsfreiheit im Volkspark – gegen die Stimmen der Fraktion Sozial. DIE LINKE. „Die Parks sind Freizeit- und Erholungsflächen für viele Potsdamer:innen. Gerade im Volkspark finden Familien mit Kindern hervorragende Möglichkeiten. Ob man diese Möglichkeiten kostenlos nutzen kann, darf nicht davon abhängen, an welchem Park man wohnt. Wir brauchen einen freien Zutritt zu allen Pots-

damer Parkanlagen!“, so Co-Fraktionsvorsitzender Stefan Wollenberg am Mittwoch im Plenum. Anders als der Oberbürgermeister sieht sich die Fraktion Sozial. DIE LINKE auch nicht der SPSP verpflichtet – im Gegenteil: es ist und bleibt Aufgabe der Stiftungsgeber, der Länder Brandenburg und Berlin und des Bundes für Pflege und Erhalt der Anlagen zu sorgen! Dass sie sich in dieser Pflicht auf Kosten des Potsdamer Haushalts einen schlankeren Fuß machen wollen, bleibt inakzeptabel. Dennoch – die Stadtverordneten haben letztlich im Interesse der Potsdamer:innen entschieden – denn diesen seien sie verpflichtet, so Wollenberg weiter. Nachdem die Stadtverordneten nun ihren eigenen Beschluss zurücknahmen, braucht es zum Volkspark wohl einen neuen Anlauf. DIE LINKE wird dieses Anliegen nicht aufgeben und im kommenden Kommunalwahlkampf erneut aufgreifen. Vielleicht ja auch ein Thema, dass sie mit „ihren“ Stadtverordneten im Kiez mal besprechen wollen?

Mit auf den Weg...



Als Stadtverordnete vertreten wir die Bürger:innen Potsdams und treffen wichtige Entscheidungen. Aber woher wissen wir, was

die Bürger:innen denken und erwarten? Bürgerbefragungen sind ein Mittel, das herauszufinden – und regelmäßig werden sie – je nach Ergebnis von der einen oder anderen Seite auch in Frage gestellt. Bei vielen wichtigen Entscheidungen haben sie in der Vergangenheit eine große Rolle gespielt – ob beim Wiederaufbau des Stadtschlusses als Landtag, beim Badstandort am Brauhausberg – oder eben beim Parkeintritt. Potsdams Bürgerschaft ist überdurchschnittlich engagiert – und auch ohne Befragungen melden Sie sich regelmäßig und meinungsstark zu Wort. Das ist gut – und es zeugt von einer starken demokratischen Kultur und

einer gesunden Zivilgesellschaft. Befragungen können dann dabei helfen, ein klareres, repräsentativeres Bild über die Stimmung zu bekommen, dass nicht so sehr von einzelnen Akteur:innen und Initiativen geprägt ist. Denn lautstark und engagiert – und damit auch in der öffentlichen Debatte besonders wahrnehmbar – melden sich naturgemäß ja häufig jene zu Wort, die etwas verhindern wollen, ob nun einen neuen Schulstandort oder eine neue TRAM-Trasse – meist vor der eigenen Haustür.

Als Stadtverordnete sind wir in der Verantwortung, beides zu bewerten: die Äußerungen der Zivil-

gesellschaft ebenso wie die Ergebnisse von Befragungen. Sie in Frage zu stellen, weil das Ergebnis nicht den eigenen Vorstellungen entspricht, macht wenig Sinn. In Abwägung aller Fakten und Positionen begründet zu entscheiden dagegen sehr wohl. Diese Verantwortung kann uns eine Befragung nicht abnehmen. Deshalb: bleiben oder werden auch Sie aktiv. Ob in Vereinen und Initiativen oder auch nur beim Antworten in Befragungen – nehmen Sie ihre Interessen wahr! Denn nur so werden Sie wahrgenommen.

*Stefan Wollenberg
Fraktionsvorsitzender*

„Mein Wort hat Gewicht“



Demokratie lebt von selbstbestimmten und selbstbewussten Bürgerinnen und Bürgern, die frei und eigenverantwortlich handeln. Voraussetzung dafür ist ein unkomplizierter und materiell gesicherter Zugang zu Bildung, Kultur, Freizeitangeboten und Sport. Die Ausweitung demokratischer Teilhabe darf nicht auf Erwachsene beschränkt bleiben. Angesichts wachsender sozialer Ungleichheit und Kinderarmut ist es an der Zeit, mehr für die Beteiligung der nachwachsenden Generationen am gesellschaftlichen Leben zu tun.

Bürgerbefragungen und Bürgerbeteiligung sind wichtige Instrumente einer partizipativen Kommunalpolitik in Potsdam. Echte Teilhabe, Mitwirkung und Mitbestimmung schaffen einen Mehrwert. Sie wirken sich positiv auf die Bürgerinnen und Bürger, die Gesellschaft und die Demokratie aus: „Ich kann mitentscheiden, ich bin von Anfang an dabei, mein Wort hat Gewicht“ führt zu mehr Akzeptanz von Politik und Demokratie. Diese demokratischen Instrumente müssen dann auch mit Entscheidungskompetenzen ausgestattet werden, es geht um mehr als nur Mitreden – es geht um Mitentscheiden. Der inflationäre Gebrauch von Bürgerbefragungen, ohne dass klar ist, welchen Sinn sie haben, oder eine Befragung, um seine Meinung zu hören, kann fatale Folgen für die Demokratie haben. Die Bürgerinnen und Bürger fühlen sich benutzt und wenden sich ab. Der richtige Einsatz von Instrumenten der Bürgerbeteiligung ist daher von großer Bedeutung und sollte gut überlegt sein. Die Menge der Fragen macht noch keine Beteiligung.

Sascha Krämer

Endlich: Familientickets in Schwimmhallen auch für Familien mit 4 oder mehr Kindern

In den kommunalen Schwimmhallen blu und Kiezbad am Stern stellen kinderreiche Familien fest, dass sie überproportional belastet werden. Denn Familientickets gelten in Potsdam nur für 2 Erwachsene mit max. 3 Kindern – eine Stigmatisierung gerade für die, die es ohnehin im Alltag mit vielen Kindern schon deutlich schwerer haben. Die Mehrkosten ab dem 4. Kind liegen für jedes weitere Kind bei 2 bis 21€. Für eine Familie mit 5 eigenen Kindern – was insbesondere bei heutigen Patchwork-Konstellationen häufiger vorkommt – kostet der Besuch von 4h blu Sauna dann z. B. 92€ statt 50€, für 3h Spaßbad werden 44€ statt 30€ fällig. Diese Kosten sind insbesondere für Familien mit vielen Kindern in den wenigsten



Fällen tragbar, erst Recht bei einer kommunalen Einrichtung, bei der es auch um lebenswichtige Wassergewöhnung geht.

Mit dem am 4.10. auf unseren Antrag hin gefällten Beschluss wird diese Beschränkung für zunächst 1 Jahr aufgehoben. Im zweiten Halbjahr wird die Umsetzung

evaluiert, sodass wir Stadtverordneten in einem Jahr über die Fortführung beschließen können. Damit Potsdam eine Stadt für alle Menschen wird, eine kinder- und familienfreundliche Stadt, in der allen Familien Teilhabe ermöglicht wird.

Tina Lange

Fragen und Antworten

Disc Golf Bahnen im Remisenpark

Auf Nachfrage des Stadtverordneten Krämers gab die Verwaltung bekannt, dass es sich bei den Sperrungen einiger Disc Golf Bahnen aufgrund von Baum-sicherungsmaßnahmen im Volkspark um eine permanente, aber dynamische Situation handelt. Derzeit sind von den 15 bestehenden Bahnen 12 dauerhaft durch den Disc Golf Verein und andere motivierte Spieler:innen nutzbar. Die Stadt befindet sich in ständiger Kommunikation mit dem Verein um den Spielbetrieb zu gewährleisten und wird versuchen die Sperrungen künftig deutlich und nachvollziehbar zu machen.

Nutzung des Karstadtgebäudes als „Smartes Servicecenter“

Das Kaufhausgebäude in der Potsdamer Innenstadt soll in Zukunft als „smartes Servicecenter“, quasi als Filiale des Bürgerservice genutzt werden. Dazu hat es laut Oberbürgermeister bereits gute Gespräche sowohl mit dem Eigen-

tümer des Gebäudes als auch mit der Filialeitung gegeben. Ein Problem stellt derzeit noch die bauliche Substanz dar. Ein weiterführender Vorschlag wird bald vorliegen. Der Oberbürgermeister signalisierte jedoch ein Interesse an der baldigen Umsetzung von allen Seiten.

ESV Lok Sportplatz

Trotz öffentlicher Sitzung ließ sich die Verwaltung auf Nachfrage der Stadtverordneten Anja Günther zu einer Auskunft zum laufenden Verfahren um den Ankauf des Sportplatzes des ESV Lok, in der Berliner Straße, durch die Stadt hinreißen. So bestehen laut dem Kämmerer derzeit noch zwei Herausforderungen, die es zu beseitigen gilt. Bisher gab das Bundeseisenbahnvermögen nur einen Verkauf von Flächen mit einem Höchstgebotsverfahren her. Dies kann nach Auskunft durch den Bund vermieden werden, wenn die Fläche von der öffentlichen Hand in die andere übergeht. Die zweite Herausforderung liegt im Preis. Die bisher bestehenden Gutachten für das Gelände sind veraltet und

müssen zur Schätzung des Verkehrswertes aktualisiert werden. Wie den PNN zu entnehmen war, blieb eine Bitte des Vereins um ein Gespräch seit Juli unbeantwortet. Der Kämmerer sagte nun eine baldige Einladung des Vereins zu.

Alles in allem aber gute Nachrichten: das Projekt ist im Fluss – auch wenn es noch einige Zeit dauern wird bis der Platz in städtischer Hand und der Vereinssport somit gesichert ist.

Beschlossen

Kostenlose Bibliotheksausweise für alle Kinder

Die Gebührenordnung der Stadt- und Landesbibliothek Potsdam sieht die kostenfreie Ausstellung eines Bibliotheksausweises für alle Kinder und Jugendlichen vor. Eine Elterninitiative machte nun darauf aufmerksam, dass Kinder unter 7 Jahren keinen eigenen Ausweis erhalten und nur über die mit Kosten verbundenen Ausweise der Eltern die Medien der Bibliothek leihen bzw. nutzen können. Der Antrag dies zukünftig zu ändern wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Sofortige Anwohner:innen- versammlung im Brunnen- viertel

Die im September beschlossene Anmietung eines Bürogebäudes im Brunnenviertel als Interimsstandort für Schulneugründungen beschäftigt die Anwohner:innen im Viertel. Da es seitens der Verwaltung bisher keine Bemühungen gab die Nachbar:innen umfassend zu informieren, Fragen zu klären und Bedenken auszuräumen hat die Fraktion Sozial.DIE LINKE einen Antrag auf eine sofortige Anwohner:innenversammlung gestellt, der sofort beschlossen wurde.

Priorität für Schulstandort Waldstadt Süd

Die Potsdamer Schulplanung beschäftigt die SVV weiterhin. Ein Antrag der Fraktion Sozial.DIE LINKE hat nur dazu geführt, dass der Schulstandort Waldstadt Süd mit oberster Priorität weiterentwickelt wird. Das bringt uns neuen Schulplätzen, insbe-

sondere für Gesamtschüler:innen einen großes Stück näher.

Gedenktafel für Günther Anders

Wir haben der städtischen Erinnerungskultur einen weiteren Baustein hinzugefügt. Wir haben den Oberbürgermeister gebeten, auf dem Hiroshima-Nagasaki-Platz an Günther Anders zu erinnern und zu gedenken.

Anders setzte sich mit den ethischen und technischen Herausforderungen seiner Zeit auseinander; sein Hauptthema war die Zerstörung der Menschlichkeit. Er war Mitbegründer und führende Persönlichkeit der Anti-Atomkraft-Bewegung. Sein großes Lebensthema, die Atombombe, ist eng mit seinem Wohnort Nowawes verbunden. Nur wenige Schritte vom Wohnhaus des Ehepaars Stern-Arendt entfernt, in der „Truman-Villa“, gab der damalige US-Präsident, der sich zur Potsdamer Konferenz in der

Stadt aufhielt, am 25. Juli 1945 den Befehl zum Abwurf der Atombomben auf Japan. Der Hiroshima-Nagasaki-Platz erinnert daran.

Velosichere Gleise

Straßenbahnschienen dürfen keine Radfahrerfallen mehr sein. Wir haben die Verwaltung beauftragt, an Gefahrenstellen modellhaft velosichere Gleise zu installieren. Das velosichere Gleis bietet

den Radfahrern Schutz, indem es verhindert, dass das Rad in der Rille der Schiene hängen bleibt. Darüber hinaus minimiert die Oberflächenbeschaffenheit des Profils die Rutschgefahr bei Nässe und ermöglicht auch Fußgängern ein barrierefreies Überqueren der Schienen. Deshalb soll es in der Landeshauptstadt an neuralgischen, besonders gefährlichen Punkten installiert werden.



SEKIZ, Projekte der AWO und des Sozialwerks sind gerettet!

Nach einem Sommer voller Unsicherheiten für die Nutzer:innen und Beschäftigten der Selbsthilfegruppen des SEKIZ, das Netzwerk Inklusiv und die Ehrenamtsagentur der AWO, sowie des Sozialwerks, herrschte am Ende große Einigkeit und Erleichterung. Denn was

äußerst selten gelingt, war in der Sitzung des Sozialausschusses Mitte September plötzlich möglich: Das Finden eines Kompromisses unter Abkehr vom Vorschlag der Verwaltung. Was war geschehen? Kurz vor der Sommerpause legte die Verwaltung

einen Vorschlag zur finanziellen Förderung sozialer und gesundheitsfördernder Projekte im Jahr 2024 vor. Trotz Aufstockung der Mittel um mehrere 100.000€ im Haushaltsbeschluss, reichten diese nicht, um alle Angebote zu berücksichtigen. Daher schlug die Verwaltung die Streichung einiger unverzichtbarer Projekte vor. Zu ihnen zählten die Angebote von SEKIZ, AWO und Sozialwerk. Für uns als LINKE war sehr schnell klar: Alle Träger und ihre Projekte müssen gesichert werden. Sie gegeneinander auszuspüren und Mittel umzuschichten, war keine Option. Denn sie alle arbeiten seit Jahren verlässlich mit Menschen zusammen, die dringend Unterstützung brauchen. Aus diesem Grund hat die Rathauskooperation folgenden Vorschlag erarbeitet: Alle Projekte, die bereits in diesem Jahr gefördert wurden, werden auch 2024 unterstützt – und zwar in der gleichen Höhe wie in diesem Jahr plus 5% als Inflationsausgleich. Dafür bleibt allerdings keine Kapazität, um neue Projekte auf den Weg zu bringen. Es fehlen sogar noch Mittel, die darüber kompensiert werden, dass es einige Umschichtungen in und eine zusätzliche Bezuschussung aus dem Etat des Geschäftsbereichs Soziales geben wird. Nicht nur die-

ser Vorschlag löste ein Aufatmen in dem gut gefüllten Sitzungssaal des Sozialausschusses aus und erzielte eine breite Zustimmung. Auch unser Antrag auf Überführung etablierter Projekte in die dauerhaft gesicherte Förderung fand eine große Mehrheit. Denn es ist nicht zu rechtfertigen, dass Träger über verlässliche Angebote eine Beziehung zur ihren Nutzenden aufbauen und die Fortführung ihrer Arbeit jedes Jahr aufs Neue in Frage steht, weil sie Mittel beantragen müssen.

Isabelle Vandre





DIE LINKE im „roten Rathaus“ Babelsberg

Es steht noch immer wie ein Fels in der Brandung – das im roten Backsteinbau erbaute ehemalige Babelsberger Rathaus. Die Nowaweser Gemeindeverwaltung ließ es 1898-99 im Stil des Historizismus nach Plänen von Otto Kerwien erbauen. Doch es hatte nur bis 1939 seinen ursprünglichen Zweck erfüllt. Denn am 1. April 1939 wurde Babelsberg bekanntlich nach Potsdam eingemeindet. Das Rathaus verlor damit seine Funktion als Verwaltungssitz. In den Zeiten des 2. Weltkrieges wurde es als Reservelazarett, Bibliothek und Sparkasse genutzt. 1956 wurde das Rathaus zum Klubhaus umgestaltet und entwickelte sich in den 60er Jahren zu einem kulturellen Zentrum Potsdams.

Nach der Wende begann der Neuaufbau des Hauses als Stadtteilkultur- und Bürgerzentrum mit umfangreichen Rekonstruktionsarbeiten im Außen- und Innenbereich des Hauses.

Das heutige AWO Kulturhaus Babelsberg lädt zu verschiedenen Veranstaltungen, Projekten, Kursen und Workshops ein. Sie werden zum einen vom AWO Bezirksverband Potsdam e.V. – als

Träger des Hauses – und zum anderen von verschiedenen Vereinen, die als freie Kulturträger im Haus beheimatet sind, durchgeführt. Darüber hinaus besteht auch für Vereine, Initiativ- und Bürgergruppen sowie für Familien und Einzelpersonen die Möglichkeit, Räume zu mieten und Veranstaltungen selbst organisiert durchzuführen. So wurde es auch am 6. Oktober 2023 für die Oktoberausgabe des RATHAUSREPORTstammtisches der Fraktion Sozial.DIE LINKE genutzt.

Aus ihrem ureigensten Wahlbezirk stand die Stadtverordnete Dr. Anja Günther Rede und Antwort zu Fragen und Problemen aus der letzten Sitzung der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung vom 4. Oktober 2023. Doch die Genoss:innen hatten noch ne Zusatzidee. Sie standen mit zünftigem Stammtischgetränk „bewaffnet“ (Bier) vor dem Eingang des ehemaligen Ratskellers und nutzten quasi die Möglichkeit, Passanten anzusprechen, die sich auf dem Weg ins nahegelegene Karli-Stadion zum aktuellen Fußballturnier befanden. Kurzum: einige Mitbürger:innen kamen dann mit in den „Salon“

des Hauses zum Abgeordneten-gespräch. Die Themen hatte Dr. Günther bereits vorher angekündigt: das Mietmora-torium, die Situation rund um falsch-parkende Autos vor dem Thalia-Kino oder der Eintritt in den Volkspark.

Fazit: Es war eine gute Idee, zum RATHAUSREPORTstammtisch ins Rathaus des „Roten Nowawes“ zu gehen. Und weiter: Babelsberg 03 konnte an diesem Tag Viktoria Berlin mit 3:0 besiegen. Erfolg als auf der ganzen Linie...

Bernd Martin

**Termin für telefonische
Bürgersprechstunde
Oktober**

**Dr. Sigrid Müller
Fraktionsvorsitzende**

**Dienstag, 24.10.2023,
16:00 – 18:00 Uhr
Telefon: 0173 6171150**

**Stefan Wollenberg
Fraktionsvorsitzender**

**Donnerstag, 19.10.2023,
16.00 – 18.00 Uhr
Tel.: 0172 / 514 38 25**

**Ida Karlotta Wiesig-
strauch, Fraktionsge-
schäftsführerin,**

**Mo - Fr: 10 -15 Uhr
Stadthaus, R. 3.107
Friedrich-Ebert-Str. 79/81
in 14469 Potsdam**

Tel.: 0331 289 3048

Fraktionssitzung

**Montags jeweils 18:00 Uhr
im Stadthaus, Raum 3.106**

Nächste SVV:

**IHK Potsdam, 08.11.
15:00 Uhr, Havelsaal, in
der Breitenstraße**

E-Mail

**sozial.dielinke@rathaus.
potsdam.de**

IMPRESSUM RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Sozial.DIE LINKE Potsdam
Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per
E-Mail an uns:
Sozial.DIE LINKE.Fraktion; Friedrich-Ebert-Straße 79/81; 14469 Potsdam

E-Mail: Sozial.DIELINKE@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 48

Fax: 331/289 31 19

Druck: Nordostdruck

V.i.S.d.P. Stefan Wollenberg



Bundesweiter Protest-Aufruf „Bildungswende - jetzt“

Deutschland steckt in einer der schwersten Bildungskrisen seit Gründung der Bundesrepublik! Bundesweit fehlen hunderttau-

sende Kitaplätze. Der Mangel an Lehrkräften und Erzieher*innen steigt immer weiter und trifft auf ein veraltetes und unterfi-

nanziertes Bildungssystem, das sozial ungerecht ist. Die krassen Folgen spüren Schüler*innen, die Bildungsbeschäftigten in Kita & Schule, die Eltern und die gesamte Gesellschaft. Der Mangel an Lehrkräften und Erzieher*innen steigt immer weiter und trifft auf ein veraltetes und unterfinanziertes Bildungssystem, das sozial ungerecht ist. Die Folgen spüren Schüler*innen, die Bildungsbeschäftigte in Kita & Schule, die Eltern und die gesamte Gesellschaft.

Dem bundesweiten Protest-Aufruf des Bündnisses „Bildungswende-jetzt“ wurde auch in Potsdam am Sonnabend, 23. September 2023, Folge geleistet. Bei der zentralen Kundgebung am Alten Markt waren einige hundert Teilnehmer:innen vor Ort (FOTO). Eine der zentralen Forderungen des Bündnisses ist die Schaffung eines „Sondervermögens Bildung“ in Höhe von mindestens 100 Milliarden Euro.

Zudem setzt sich das Bündnis für die Bereitstellung von mehr Lehrkräften und Erzieher:innen an Schulen ein.

Das Bündnis kritisiert das Bildungssystem in Deutschland als „veraltet, unterfinanziert und sozial ungerecht“. Die Forderungen zielen darauf ab, ein gerechtes und inklusives Bildungssystem zu schaffen, das die Schüler besser auf die Zukunft vorbereitet.

Dazu gehören die Umgestaltung der Bildungsangebote, eine Ausbildungsoffensive für Lehrer und Erzieher, die Einrichtung eines „Sondervermögens Bildung“ und eine Bildungsgipfel mit allen Beteiligten auf Augenhöhe.

Als LINKE streiten wir auf allen politischen Ebenen für eine Bildungswende. Dem Bündnis gilt daher unsere Dankbarkeit und Solidarität!



DEMOKRATIE STÄRKEN

DIE LINKE - die DEMOKRATIE im Blick

Die Demokratie demokratisieren. Demokratie ist mehr, als alle vier Jahre seine Stimme abzugeben. Dafür müssen in allen Bereichen mehr Mitbestimmung und Beteiligung geschaffen werden – von der kommunalen bis zur europäischen Ebene ebenso wie im Betrieb und der Wirtschaft. Der Einfluss von Lobbyisten muss zurückgedrängt werden. Lebendige Demokratie lebt von Bewegung auf der Straße, deswegen stellt die LINKE sich gegen jede Einschränkung von Grundrechten und will die Sicherheitsbehörden demokratisieren.

Demokratie vor Konzerninteressen. Soziale Ungleichheit nährt

Zweifel an der Demokratie. Viele glauben nicht mehr, dass sich durch Wahlen etwas ändert. Wenn Kürzungspolitik und Schuldenbremse als alternativlos dargestellt werden, sinkt das Vertrauen: Was gibt es noch zu entscheiden? Die Gefahren, die daraus erwachsen, sehen wir in den Erfolgen rechter Parteien. Die Bundesregierung hat gar nicht mehr den Willen, die Wirtschaft zum Wohle aller zu gestalten. Das Vertrauen der Märkte ist ihr Maßstab, nicht das der Bürgerinnen und Bürger. Politik soll sich zurückhalten und den Konzerninteressen das Feld überlassen. Die Macht von Lobbyist*innen ist kein Zufall, wenn der Staat und die öffentlichen

Verwaltungen zusammengespart wurden. Behörden geben inzwischen Milliardenbeträge für Unternehmensberatungen aus, weil sie ihre ureigensten Aufgaben nicht mehr erfüllen können.

Soziale und demokratische Rechte schützen. Wir halten dagegen und wollen die Demokratie ausweiten: indem wir mehr direkten Einfluss von Bürger*innen auf politische Entscheidungen schaffen. Wir brauchen direkte Demokratie und Volksentscheide auch auf Bundesebene. Wir wollen Bürgerrechte verteidigen und ausweiten. Wir wollen, dass Demokratie wieder Vorrang vor wirtschaftlicher Macht hat. Und wir wollen Demokratie im Alltag stärken durch Demokratisierung der Wirtschaft und eine solidari-

sche Öffentlichkeit. Alle müssen wirksam an den Entscheidungen beteiligt werden. Der Einfluss des Lobbyismus muss zurückgedrängt werden. Gesetze dürfen nicht von Firmen geschrieben werden, die von ihnen profitieren. Korruption, Intransparenz und Sponsoring dürfen nicht die Politik bestimmen. Wir wollen eine Demokratisierung der Demokratie. Soziale und demokratische Rechte müssen für alle in gleicher Weise gelten – und nicht nur Privilegierten nützen.

Wenn Du mit uns für demokratische Verhältnisse streiten willst, bring Dich ein, sprich uns an und mach mit bei der LINKEN.



WIDERSPRUCH EINLEGEN

Interview:

„Wer ein Europa für alle will, muss es den Reichen nehmen“



JANINE WISSLER UND MARTIN SCHIRDEWAN MIT DEM DESIGNIERTEN LINKEN SPITZENTEAM FÜR DIE EUROPAWAHL GERHARD TRABERT, CAROLA RACKETTE UND ÖZLEM DEMIREL

Kämpferisch will DIE LINKE in den anstehenden Europawahlkampf gehen und macht dabei klare Ansagen für Umverteilung von Vermögen und Klimaschutz. Im Interview, dass wir an dieser Stelle gekürzt wiedergeben, erklären die beiden Parteivorsitzenden der LINKEN Janine Wissler und Martin Schirdewan, was die Partei auf europäischer Ebene durchsetzen will.

Janine und Martin, die Europawahlen werfen ihre Schatten voraus. Die Kandidaten für die Wahlliste haben bereits ihren Hut in den Ring geworfen und ihr legt nun einen Entwurf für das Wahlprogramm vor. Wo setzt ihr die Schwerpunkte für den Wahlkampf?

Martin: Wir wollen die politische Richtung ändern und Europa endlich gerechter, sozialer und demokratischer machen. Denn die vielen Menschen, die wütend sind auf die Politik und sich schlecht vertreten fühlen, haben ja recht. Europa wird in zentralen Berei-

chen beherrscht von Konzernen, Wirtschaftsinteressen und ihren Lobbyisten. Deswegen kommt keine angemessene Besteuerung von Superreichen und Konzernen und keine vernünftige Sozialpolitik zustande. So lassen sich die Krisen nicht lösen. [...]

Janine: Wer ein Europa für alle will, muss es den Reichen und Konzernen nehmen. Unser Programmentwurf soll Antworten bieten auf die Fragen, die derzeit die Mehrheit der Menschen in Deutschland und Europa umtreiben. [...] Wir haben dazu eine klare Botschaft: Wir müssen den Markt grenzübergreifend regeln und die Demokratie ausbauen. Unser Europa soll ein Europa für alle sein. Unsere Alternative zur Politik von Regierung und EU-Kommission heißt soziale Gerechtigkeit. Damit stellen wir uns auch gegen die Rechten, anstatt ihnen nach dem Mund zu reden, wie das viele Parteien – etwa bei der Asylpolitik – derzeit tun. [...]

Welche Hebel haben wir denn auf europäischer Ebene überhaupt.

Konzerne und Banken stärker zur Verantwortung zu ziehen?

Janine: Es gibt dafür eine ganze Reihe von Hebeln: Wir wollen hohe Einkommen, Vermögen und die Krisen- und Riesengewinne der großen Konzerne in ganz Europa stärker besteuern. Wir wollen Mindeststeuersätze für Unternehmen einführen, denn es darf nicht mitten in Europa Steueroasen wie Luxemburg und Irland geben, in denen multinationale Konzerne wie Amazon ihre Gewinne so kleinrechnen können, dass sie kaum Abgaben zahlen.

Martin: Mit einer Investitions- wende, einer Stärkung des öffentlichen Eigentums und einer Umverteilungsoffensive lassen sich die Ungleichheit und damit auch die wirtschaftliche Macht Weniger sehr einfach abbauen. [...]

Viele haben das Gefühl, die EU würde quasi jeden Lebensbereich regulieren. Doch ausge-rechnet in der Sozialpolitik hält sich Brüssel zurück. Armut und Niedriglohn sind in Europa weit

verbreitet, gemeinsame Sozial-standards gibt es kaum. Kann die Europäische Union überhaupt zu einer Sozial-Union werden? [...]

Martin: In der EU findet hier bereits ein Umdenken statt, auch dank des Drucks der LINKEN. Vielen wird bewusst, dass der Schaden, den ungezügelter Wettbewerb und Kürzungspolitik anrichten, größer ist als sein Nutzen. Wir dürfen eben nicht alles dem Markt überlassen. Das gilt für viele Bereiche, gerade bei öffentlichen Daseinsvorsorge. Viele Deregulierungen, die die EU-Kommission durchgesetzt hat, sorgen mittlerweile für höhere Preise und schlechteren Service, etwa bei der Energieversorgung oder der Privatisierung des Eisenbahnsektors. Hier rudert Brüssel nun schon teilweise zurück. Und auch bei den öffentlichen Investitionen gibt es Ansätze eines Umdenkens und einer gemeinsamen Finanzierung. Wir haben die Mindestlohn-Richtlinie durchgesetzt. Nun müssen überall in der EU angemessene (Mindest-)löhne gezahlt werden, die ein Leben in Würde

ermöglichen und oberhalb der offiziellen Armutsschwelle liegen. Mit solchen Erfolgen können wir den Menschen zeigen, dass die EU ihr Leben besser machen kann.

[...]

Besonders heftig gestritten wird derzeit über Klima- und Umweltschutz - auch auf EU-Ebene. Man dürfe den Menschen beim Klimaschutz nicht zu viel zumuten, meinen Konservative und Liberale. Haben sie damit recht?

Janine: Konsequenter Klimaschutz ist angesichts der sich verschärfenden Klimakatastrophe total notwendig, das sieht auch die Mehrheit der Menschen in Europa so. Was hingegen für Unmut und Empörung sorgt, ist schlechte Klimaschutzpolitik. Wer die Bahn nicht ausbauen und den ÖPNV nicht stärken und kostenfrei machen will, aber Menschen Einkaufstipps gibt, der meint es doch nicht ernst mit dem Klimaschutz. Eine attraktive Bahn ist Voraussetzung für eine nachhaltige Mobilitätswende. Deswegen schlagen wir die Gründung der United Railways of Europe vor, eine Gesellschaft in öffentlicher Hand, in der die Bahnunternehmen Europas zusammen-, statt gegeneinander arbeiten.

Martin: [...] Ich bin ein großer Freund der Forderung nach einem europäischen Kommunalfonds und einer Industriestiftung, damit können wir die öffentliche Kontrolle ausbauen - und so für die Menschen Verlässlichkeit und Mitbestimmung im Umbau schaffen. Wer dagegen so tut, als wäre Klimaschutz vor allem ein Verzichtsprogramm für die Mehrheit der Bevölkerung, will sich mit den großen Schmutzfinken nicht anlegen. Aber 100 Konzerne weltweit verursachen 70 Prozent der CO2-Emissionen. Wer Klimaschutz will, muss sich also mit Reichen und Konzernen anlegen. Das macht nur DIE LINKE.

Der Ukraine-Krieg hat auch die EU verändert. Als ehemalige Friedensnobelpreisträgerin finanziert sie mittlerweile ganz offen Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete und will in der großen Geopolitik mitmischen. Ist die Zeit

für eine konsequente Friedenspolitik vorbei?

Janine: Nein, Im Gegenteil. Der russische Angriffskrieg führt zu unermesslichem Leid, Tod, Flucht und Zerstörung. Er ist ein Verbrechen. Die Antwort des Westens auf diesen Krieg war bislang massive Aufrüstung, Stärkung der transatlantischen Abhängigkeiten und Erweiterung der NATO. Das folgt einer gefährlichen militärischen Logik. Wir sind überzeugt, dass die EU diplomatische Initiativen ergreifen muss. Wir brauchen zivile Alternativen zum militärischen Tunnelblick der NATO, um zu einem Waffenstillstand und zu Friedensverhandlungen zu kommen.

Martin: Mehr noch: Die EU muss insgesamt zu einem Vorreiter für Abrüstung und Entspannungspolitik werden. Wir brauchen dafür EU- Abrüstungsinitiativen und einen Fahrplan für internationale Kooperation. Von einer Aufrüstungsspirale profitieren doch vor allem die Rüstungskonzerne. Und die Doppelstandards des Westens tragen auch nicht zur internationalen Sicherheit bei: Gegenüber Kriegsverbrechen von NATO-Partnern und Verbündeten wie der Türkei und Saudi-Arabien zu schweigen, macht Europa unglaubwürdig. Nur eine Außenpolitik, die auf dem Völkerrecht basiert und mit gleichen Maßstäben misst, kann dauerhaften Frieden schaffen.

Dieser Krieg verschärft die Konfrontation zwischen den USA und China. Auch die EU sucht nach einer China-Strategie. Müssen wir uns auf eine neue Blockkonfrontation zwischen Demokratien und autoritären Staaten einstellen?



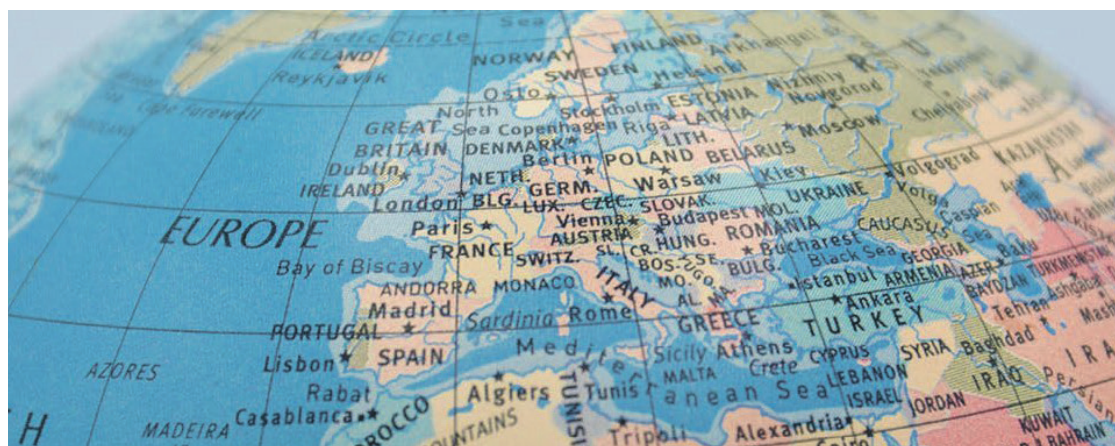
Auf einen Kampf zwischen Demokratien und autoritären Staaten?

Martin: Ich glaube schon angesichts der Klimakatastrophe und anderer epochaler Herausforderungen müssen wir eine neue Blockkonfrontation dringend vermeiden - gerade um die Demokratie in Europa zu verteidigen. Dafür muss sich die EU aber unabhängig machen von fossilen Diktatoren a la Putin wie vom Aufrüstungs- und Eskalationskurs der USA. Mit anderen Worten: Europa braucht strategische Unabhängigkeit, die sozial, demokratisch und klimagerecht unterfüttert ist, um der zunehmenden Blockkonfrontation zwischen den USA und China eine Alternative entgegenzusetzen, die auf internationalen Ausgleich zielt. Das schafft langfristige Sicherheit.

Janine: Auch in Europa selbst ist die Bedrohung durch einen

autoritären Kapitalismus eine große Gefahr. Demokratische Erregenschaften werden durch autoritäre Tendenzen in den Mitgliedsstaaten gefährdet. In Ungarn und Polen wird die Demokratie geschleift und Frauenrechte angegriffen und in Italien ist eine Neofaschistin an der Macht. In vielen EU-Staaten sind extrem rechte Parteien auf dem Vormarsch, die aus ihrer Verachtung für die Demokratie kein Geheimnis machen. Als LINKE stellen wir uns gegen das Erstarren der Rechten. Statt dem rechten Kulturkampf immer weiter nachzugeben, braucht es soziale Gerechtigkeit und Demokratie für alle. Es geht jetzt also um viel, aber umso mehr freue ich mich auf den Europa-Wahlkampf.

Die ungekürzte Fassung findet sich unter: <https://gleft.de/5nA>



VOLL DAS LEBEN! Andreas Dresen und Team



Andreas Dresen wird im Film-museum als Regisseur von Spiel- und Dokumentarfilmen, wie auch für seine Theater- und Operninszenierungen national und international gewürdigt. Dresens Wurzeln liegen in der DDR, aufgewachsen ist er in Schwerin. Mitte der 1980er Jahre kommt er nach einem Volontariat bei der DEFA für ein Regiestudium an die Babelsberger Filmhochschule. Dresens Oeuvre umfasst rund 50 Filme, die ersten, die bereits wäh-

rend der Schulzeit entstanden, mitgerechnet. Seine Filme führen an reale und fiktive Schauplätze in Brandenburg, Berlin oder Washington und verorten sich häufig in der jüngeren Zeitgeschichte. Ihre Themen sind dabei so vielfältig wie universell: Arbeitswelten und persönliche Träume, Liebe und Tod, Kunst und Gesellschaft, Gerechtigkeit und Demokratie. Mit „Gundermann“ (2018) und „Rabiye Kurnaz gegen George W. Bush“ (2022) manifestiert

der Wahl-Potsdamer Andreas Dresen seine Stellung als einer der bemerkenswertesten gesamtdeutschen Filmregisseure. Er könne über jeden Menschen einen spannenden Film machen - in dieser Aussage zeigt sich sein Blick auf die Menschen, seine Haltung zum Leben: Im Fokus seiner Geschichten stehen „gewöhnliche Leute“ mit all ihren Leidenschaften, in all ihrer Unvollkommenheit. Es sind Suchende, die im Hier und Heute mal scheitern, mal obsiegen, innere und äußere Mauern überwinden müssen, Freude, Wut und Liebe empfinden, Vertrauen verspielen, Vertrauen verschenken. Und die angesichts unüberwindbar scheinender Hindernisse mitunter ganz und gar ungewöhnliche, geradezu heldenhafte Kräfte entwickeln. Neben seiner künstlerischen Arbeit, die auch hochgelobte Theater- und Opernarbeiten umfasst, und seinem beruflichen Engagement investiert Dresen immer

wieder Zeit und Kraft in zivilgesellschaftliche Aufgaben, etwa als Verfassungsrichter im Land Brandenburg. Er wurde mehrfach mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Als Sänger und Gitarrist tourt er gemeinsam mit Schauspielern und Sängern Alexander Scheer und Band durch das In- und Ausland, trägt die Songs von Gerhard Gundermann, Rio Reiser und Giesbert zu Knyphausen weiter und interpretiert sie neu. Als Prolog zur Sonderausstellung präsentiert die Foyerausstellung „Andreas Dresen. FILM_PLAKATE“ schon seit dem 07.9.2023 ausgewählte nationale und internationale Filmplakate sowie eine Fotogalerie, die die jahrzehntelange enge Verbundenheit des Regisseurs mit dem Filmuseum Potsdam verdeutlicht. Beide Ausstellungen werden von einem umfassenden Programm begleitet.

++Termine ++ Termine++

HBPG-Ausstellung im Kutschstall

„Ich würde sofort wieder in die Kohle gehen...“ - Christina Glanz. Fotografien einer Transformation“ seit dem 29. September 2023 bis 24. März 2024 im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, Am Neuen Markt 9,

13. Oktober, 18 Uhr RLS Dortustr. 53,:

Spezialoperation und Frieden - Linke Kriegsgegner*innen in Russland und Probleme internationaler Vernetzung - Gespräch mit Ewgeniy Kasakow, Anmeldungen bitte an: info@bbg-rls.de oder telefonisch: 0331-8170432

17. Oktober, 19 Uhr - Kunsthau Sans Titre, Französische Straße. 18:

ARBEIT; LEBENSNAH - Käthe Leichter und Marie Jordan / Aufführung der Inszenierung des portraittheaters Wien über die Wegbereiterinnen der Arbeits- und Sozialforschung /

Anmeldungen bitte an: info@bbg-rls.de oder telefonisch: 0331-8170432

18. Oktober ab 19 Uhr Stadtteilkneipe Nowawes; Großbeerenstraße 5

Roter Stammtisch

24. Oktober, 18 Uhr RLS, Dortustr.. 53,

Globaler Wirtschaftskrieg - Eine neue Phase der Spaltung der Welt? Vortrag & Diskussion mit Dr. Erhard Crome & Prof. Dr. Lutz Kleinwächter/ Kooperation mit WeltTrends e.V. //

Anmeldungen bitte an: info@bbg-rls.de oder telefonisch: 0331-8170432

25. Oktober 2023, 14 Uhr Landtag Brandenburg, Alter Markt 1,

„UMWELT GESTALTEN! Bau- bezogene Kunst aus der DDR in Brandenburg“

Ausstellungsführung mit der Kuratorin Sabrina Kotzian / Anmeldungen an:

info@bbg-rls.de oder telefonisch: 0331-817043

25. Oktober, 19 Uhr rotblog; Zeppelinstr. 7,

Feministischer Stammtisch mit Kleidertauschparty, nur für Frauen, Lesben, Inter, Trans und Agender.

31. Oktober, 18 Uhr

„Krise und Psyche - die deutsche Gesellschaft im Jahr 1923“ - Vortrag und Diskussion mit Dr. Fiona Kalkstein, Projekthaus Babelsberg, veranstaltet durch INWOLE e.V.

1. November, 17- 19 Uhr rotblog; Zeppelinstr. 7

Kostenlose Sozial- und Rechtsberatung,

Der feministische Stammtisch lädt ein:
**Kleider
tausch
party**
25.10. | 19:00 Uhr
Rotblog, Zeppelinstr. 7
Nur für FLINTA*
frauen.sommerakademie* e.v. rotblog